

Bewerbungsbedingungen

EU-Ausschreibung „Planung Schulgebäude Wesselswerth“

I. Allgemeine Verfahrensangaben

01. Auftraggeberin

Auftraggeberin ist Folkwang Universität der Künste, Klemensborn 39, 45239 Essen.
Daten und Fakten der Universität sind auf unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.folkwang-uni.de>

02. Kurzdarstellung des Beschaffungsgegenstandes

Beschaffungsgegenstand sind sämtliche erforderlichen Architektenleistungen für die folgende Baumaßnahme: Sanierung des ehemaligen, denkmalgeschützten Grundschulgebäudes Wesselswerth und die Errichtung eines dreigeschossigen Neubaus zum Zwecke der Schaffung und des Betriebes von Übungsräumen, Vorlesungs- und Unterrichtssälen und Multifunktionsflächen für eine Musikhochschule.

03. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Der Auftrag wird im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb nach §§ 73 Abs. 1, 75, 17 VgV vergeben. Der für Entsorgungsdienstleistungen geltende Schwellenwert in Höhe von 221.000 Euro (Art. 4 lit. d der Richtlinie 2014/24/EU in Verbindung mit Anhang XIV, CPV-Codes: 71200000-0; 71240000-2) wird nach der Schätzung der Auftraggeberin überschritten.

04. Ansprechpartner der Auftraggeberin

Ansprechpartner der Auftraggeberin für dieses Vergabeverfahren ist:

Baker Tilly Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Saarlandstr. 23
44139 Dortmund
Herr Rechtsanwalt Dr. Christian Teuber

Tel.: +49 231 77666-123

Fax: +49 231 77666-160

Mob.: +49 151 18819843

E-Mail: christian.teuber@bakertilly.de

05. Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen bestehen aus der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten, den vorliegenden Bewerbungsbedingungen und den Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung, Vertragsbedingungen). Sie stehen ausschließlich über den Vergabemarktplatz NRW elektronisch zur Verfügung, und zwar unter

[http:// www.evergabe.nrw.de](http://www.evergabe.nrw.de)

06. Änderung der Vergabeunterlagen durch Bieter

Änderungen und Ergänzungen der Vergabeunterlagen durch Bieter / Dritte sind unzulässig.

Unzulässige Änderungen und Ergänzungen der Vergabeunterlagen können bereits durch nicht geforderte Eintragungen, Anschreiben, Beifügung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Nichtnutzung der vorgesehenen Formulare etc. verwirklicht werden.

07. Unklarheiten der Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines Bieters Unklarheiten oder Unstimmigkeiten, deren Klärung für die Angebotsabgabe bzw. die Vertragserfüllung wesentlich ist (z.B., weil sie die Preisermittlung beeinflussen oder die Vergabeunterlagen unvollständig bzw. nicht für alle Bieter gleichermaßen verständlich sind), so hat der Bieter die Auftraggeberin rechtzeitig darauf über die Kommunikationsfunktion des Vergabemarktplatzes NRW hinzuweisen. Das Recht zur Erhebung einer Vergaberüge bleibt hiervon unberührt.

Vergaberügen sollen ausdrücklich als solche gekennzeichnet werden (z.B. mit der Überschrift: „Rüge“). Erfolgt diese Kennzeichnung nicht, ist im Zweifel nicht von einer Rüge auszugehen.

08. Anforderung zusätzlicher Informationen

- a) Die Anforderung zusätzlicher Informationen (Bewerber- und Bieterfragen) kann nur über den Vergabemarktplatz NRW elektronisch erfolgen. Die Auftraggeberin wird den Bietern rechtzeitig angeforderte zusätzliche Informationen erteilen, soweit diese für die Erstellung des Teilnahmeantrages bzw. Angebots erheblich sind. Diese Informationen und ihre Anforderungen werden sämtlichen Verfahrensteilnehmern ausschließlich in anonymisierter Form über den Vergabemarktplatzes NRW mitgeteilt. Die Auftraggeberin kann unabhängig von der Anforderung zusätzlicher Informationen jederzeit sachdienliche Auskünfte erteilen.
- b) Die Bewerber bzw. Bieter haben sich selbstständig und regelmäßig über Berichtigungen / Änderungen der Vergabeunterlagen und die Erteilung zusätzlicher Informationen über den Vergabemarktplatz NRW zu informieren und diese im Rahmen ihrer Angebotserstellung zu berücksichtigen. Eine Nichtberücksichtigung kann ggf. zum Ausschluss des Angebotes führen.
- c) Fragen, die die technischen Rahmenbedingungen zur Nutzung des Vergabemarktplatzes NRW betreffen, sind per E-Mail direkt an den in Ziffer 04 bezeichneten Ansprechpartner zu richten.

09. Weitere Kommunikation im Vergabeverfahren

Auch die weitere Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt grundsätzlich nur über den Vergabemarktplatz NRW. In begründeten Ausnahmefällen behält sich die Auftraggeberin vor, mit den Bewerbern bzw. Bietern im Rahmen des Vergabeverfahrens auch auf einem nicht-elektronischen Weg zu kommunizieren.

10. Keine Aufteilung nach Losen

Eine Aufteilung nach Losen findet nicht statt.

11. Keine Entschädigung / Rücksendung

Für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen werden Kosten nicht erstattet. Eine Rücksendung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen erfolgt nicht.

Im vorliegenden Vergabeverfahren nicht zulässig ist die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen für die gestellte Planungsaufgabe in Form von Entwürfen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen oder anderen Unterlagen i. S. v. § 77 Abs. 2 VgV. Der Bieter gewährleistet, dass die Erarbeitung der von ihm eingereichten Teilnahme- und Angebotsunterlagen keine Leistungen darstellen, die Vergütungspflichten der Auftraggeberin nach der HOAI auslösen.

12. Nachforderung von Unterlagen

- a) Die Auftraggeberin kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.
- b) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.
- c) Die Unterlagen sind vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch die Auftraggeberin innerhalb einer von dieser festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen.

17. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Jeder Bewerber und Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrages bzw. Angebotes, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, können die Auftraggeberin und Vergabekammer im Falle eines Nachprüfverfahrens von einer Zustimmung auf Einsicht ausgehen.

18. Änderung abgegebener Teilnahmeanträge und Angebote

Änderungen, Ergänzungen oder Berichtigungen der Teilnahmeanträge und Angebote sind bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist zulässig. Sie müssen zweifelsfrei sein und sind in der für Angebote vorgesehenen Form abzugeben.

II. Teilnahmewettbewerb

01. Teilnahmeantrag

- a) Jedes interessierte Unternehmen (Bewerber) kann einen Teilnahmeantrag abgeben.
- b) Die Abgabe des Teilnahmeantrages kann ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel gemäß §§ 53, 10 VgV ausschließlich über den Vergabemarktplatz NRW erfolgen. Die Teilnahmeanträge müssen im Format DIN-A4 druckfähig und lesbar sein.

Die im Rahmen des Teilnahmeantrages vorgelegten Unterlagen sind an den dafür vorgesehenen Stellen durch mindestens eine vertretungsberechtigte Person zu unterzeichnen.

- c) Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Bewerber die vom öffentlichen Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung der Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.

02. Fristen im Teilnahmewettbewerb

Folgende Fristen sind zu beachten:

Teilnahmefrist:	24.04.2018, 10:00 Uhr
------------------------	------------------------------

03. Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften werden im Falle der Angebotsabgabe zu Bietergemeinschaften und stehen Einzelbewerbern und -bietern gleich. Sie haben unter Verwendung der **Vertragsanlage 08** jeweils die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu benennen.

Fehlt eine dieser Angaben, so ist sie auf entsprechende Anforderung vor der Zuschlagserteilung beizubringen.

04. Eignung

Die Auftraggeberin hat folgende Eignungskriterien festgelegt:

a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 VgV)

Gefordert wird die Berufsqualifikation des Architekten. Diese ist nachzuweisen; der Nachweis ist mit **Nachweis 01** zu beschriften. Gemäß § 75 Abs. 1 VgV ist insoweit zuzulassen, wer nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Juristische Personen sind gemäß § 75 Abs. 3 VgV als Auftragnehmer zuzulassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß Ziffer II 04 a) Satz 1 und Satz 2 der Bewerbungsbedingungen benennen.

b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- (1.) Mindestjahresumsatz in Höhe von 500.000,00 Euro pro Geschäftsjahr jeweils für die letzten drei Geschäftsjahre
- (2.) Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen (mindestens zweifach maximiert pro Jahr):
 - a. Personen- und Sachschäden: 2,5 Mio. Euro
 - b. Vermögensschäden: 0,5 Mio. Euro

Die Angabe zu (1.) ist auf dem **Vordruck 02** vorzunehmen. Der Nachweis (2.) soll mit „**Nachweis 02**“ beschriftet werden. Ablichtungen werden akzeptiert.

c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- (1.) Mindestens drei vergleichbare Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des

Wertes, des Erbringungszeitpunktes sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers (Ansprechpartner, dessen Telefonnummer, Telefaxnummer, E-Mail-Anschrift und Postanschrift).

Für die Bejahung ihrer Vergleichbarkeit müssen die angegebenen Referenzen

- (i) in ihrer Gesamtheit (nicht jeweils) die Bereiche
 - Denkmalschutz,
 - Sanierung von Neubau von Schul- oder Hochschulbauten
 - und Neubau von Schul- oder Hochschulbauten abdecken,
- (ii) jeweils die Leistungsphasen 1 bis 9 der HOAI zum Gegenstand
- (iii) und jeweils anrechenbare Baukosten nach § 10 HOAI in Höhe von mindestens 2,0 Mio. Euro haben.

Der Nachweis der Vergleichbarkeit einer Referenz obliegt dem Bewerber. Der Bewerber muss angegebene Referenzen deshalb im Hinblick auf die vorstehenden Kriterien zur Vergleichbarkeit aussagekräftig erläutern. Für die Vergleichbarkeit der Referenzobjekte ist unerheblich, ob der Bewerber bereits Objekte derselben Nutzungsart (Übungsräume, Vorlesungs- und Unterrichtssäle und Multifunktionsflächen für eine Musikhochschule) geplant oder realisiert hat.

- (2.) Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens des Bewerbers in den letzten drei Jahren ersichtlich ist.

Die Angaben zu (1.) und zu (2.) sind auf dem **Vordruck 02** vorzunehmen, wobei die Referenzerläuterung angefügt werden kann. Die Auftraggeberin kann die berufliche Leistungsfähigkeit eines Bewerbers verneinen, wenn sie festgestellt hat, dass dieser Interessen hat, die mit der Ausführung des öffentlichen Auftrags im Widerspruch stehen und sie nachteilig beeinflussen könnten, 46 Abs. 2 VgV.

d) Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Zum Nachweis, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, hat der Bieter die Eigenenerklärung gemäß **Vordruck 03** abzugeben.

05. Vollständigkeit der Teilnahmeanträge

Teilnahmeanträge sind vollständig, wenn sie den folgenden Inhalt und Umfang haben:

- (1.) Vordruck 01: Teilnahmeantrag
- (2.) Vertragsanlage 08: Erklärung zur Bewerbergemeinschaft
- (3.) Vordruck 02: Eigenerklärung zur Eignung
- (4.) Vordruck 03: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- (5.) Nachweis 01: Nachweis der Berufsqualifikation des Architekten
- (6.) Nachweis 02: Nachweis der Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung

Die Vorlage dieser Unterlagen soll in der angegebenen Reihenfolge erfolgen. Von der Beifügung zusätzlicher Unterlagen soll abgesehen werden.

06. Verfahrensvorschriften für den Teilnahmewettbewerb

- a) Für das Verfahren im Teilnahmewettbewerb finden die für Angebote geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung, soweit die VgV nicht ausdrückliche Regelungen zum Teilnahmewettbewerb enthält.
- b) Die Auftraggeberin prüft die Teilnahmeanträge nach Öffnung auf Vollständigkeit und fachliche Richtigkeit.
- c) Ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge von Unternehmen, die die Eignungskriterien nicht erfüllen, und Teilnahmeanträge, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen, insbesondere:
 - (1.) Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
 - (2.) Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
 - (3.) Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
 - (4.) Teilnahmeanträge, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind.

07. Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber

- a) Die Mindestzahl geeigneter Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, ist auf drei begrenzt, sofern genügend geeignete Bewerber zur Verfügung stehen. Höchstzahl sind fünf Bewerber.
- b) Die von der Auftraggeberin vorgesehenen objektiven und nichtdiskriminierenden Eignungskriterien für die Begrenzung der Zahl der einzuladenden Bewerber lauten:

<p style="text-align: center;">Referenzen im Sinne von Ziffer II 04) c) (1.) der Bewerbungsbedingungen</p>

- c) Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Eignungsanforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.
- d) Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der Mindestzahl liegt, kann die Auftraggeberin das Vergabeverfahren fortführen, indem sie den oder die Bewerber einlädt, die über die geforderte Eignung verfügen.

III. Verhandlungsverfahren

01. Verfahrensteilnehmer; Angebotsabgabe

Nur diejenigen Unternehmen, die vom öffentlichen Auftraggeber dazu aufgefordert werden, können ein Erstangebot (auch: indikatives Angebot) übermitteln, das die Grundlage für die späteren Verhandlungen bildet.

02. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

03. Fristen im Verhandlungsverfahren

Die Angebotsfrist wird mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes festgesetzt. Beabsichtigt die Auftraggeberin, die Verhandlungen abzuschließen, so unterrichtet er die verbleibenden Bieter und legt eine einheitliche Frist für die Einreichung neuer oder überarbeiteter – verbindlicher – Angebote fest. Mit der Aufforderung zur Einreichung neuer oder überarbeiteter – verbindlicher – Angebote bestimmt die Auftraggeberin die Frist, innerhalb der die Bieter an ihre Angebote gebunden sind (Bindefrist).

04. Besichtigung am Ort der Leistungserbringung

Die Angebote können nur nach einer Ortsbesichtigung erstellt werden. Mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes werden deshalb ein Besichtigungszeitraum festgesetzt und weiterführende Informationen erteilt.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Ortsbesichtigungen keine Bieterfragen beantwortet und keine Verhandlungen geführt werden. Soweit sich im Rahmen von Ortsbesichtigungen Fragen ergeben, können diese gemäß den Bewerbungsbedingungen als Bieterfragen gestellt werden.

05. Unteraufträge (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 VOB/A-EU)

Die Auftraggeberin fordert die Bieter dazu auf, in ihrem Angebot die Leistungen, die sie im Wege von Unteraufträgen an Dritte zu vergeben gedenken, sowie die gegebenenfalls vorgeschlagenen Unterauftragnehmer mit Namen, gesetzlichen Vertretern und Kontaktdaten anzugeben. Hierfür soll der **Vordruck 06** verwendet werden.

06. Vollständigkeit der Erstangebote; Angebotsabgabe

a) Erstangebote sind vollständig, wenn sie den folgenden Inhalt und Umfang haben:

- (1.) Vordruck 04: Indikatives Angebot
- (2.) Vordruck 06: Verhandlungsbedarf des Bieters
- (3.) Vertragsanlage 06: Preisblatt
- (4.) Vertragsanlage 07: Nachunternehmererklärung
- (5.) Vertragsanlage 09: Verantwortlicher Ansprechpartner
- (6.) Vertragsanlage 11: Qualitätskonzept

- b) Die Abgabe von Angeboten kann ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel gemäß §§ 53, 10 VgV ausschließlich über den Vergabemarktplatz NRW erfolgen. Die Angebote müssen im Format DIN-A4 druckfähig und lesbar sein.

Die Angebotsunterlagen sind an den dafür vorgesehenen Stellen durch mindestens eine vertretungsberechtigte Person zu unterzeichnen.

07. Verhandlungsbedarf der Bieter

- a) Jeder Bieter hat mit im Rahmen des Erstangebotes und der weiteren unverbindlichen Angebote jeweils auf dem **Vordruck 06** seine Verhandlungsvorschläge anzugeben.
- b) Soweit bieterseits Verhandlungsbedarf angezeigt wurde, kann die Auftraggeberin im Rahmen der Verhandlungen die Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen) insbesondere auch insoweit anpassen. Ein Anspruch des Bieters hierauf besteht jedoch nicht.

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass im Zuge der Anpassung der Vergabeunterlagen im Verhandlungswege auch höhere bzw. strengere Anforderungen an die Vertragsunterlagen gestellt werden können als diese aktuell gestellt sind.

08. Verhandlungen

- a) Das Erstangebot und etwaige weitere indikativen Angebote sind unverbindlich. Sie dienen der Auftraggeberin zur Information und Verhandlungsvorbereitung.

Die Auftraggeberin behält sich vor, das Verhandlungsverfahren in verschiedenen aufeinander folgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, oder die zu erörternden Lösungen anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern. Auch insoweit können die indikativen Angebote also von Bedeutung sein.

- b) Die Auftraggeberin verhandelt mit den Bietern im Rahmen einer oder mehrerer Verhandlungsrunden über die von ihnen eingereichten Erstangebote und alle Folgeangebote, mit Ausnahme der endgültigen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Die festgesetzten Mindestanforderungen und die Zuschlagskriterien sind nicht Gegenstand von Verhandlungen.
- c) Die Verhandlungstermine werden mit der jeweiligen Aufforderung zur Angebotsabgabe unverbindlich bekanntgegeben und nach Ablauf der Angebotsfrist verbindlich bestätigt. Zum Beginn eines Verhandlungstermins ist das jeweilige Angebot zu präsentieren. Hierfür wird jedem Bieter eine einheitliche Zeitspanne gewährt.
- d) Die Auftraggeberin stellt sicher, dass alle Bieter bei den Verhandlungen gleich behandelt werden. Auf § 17 Abs. 13 VgV wird verwiesen.
- e) Beabsichtigt die Auftraggeberin, die Verhandlungen abzuschließen, so unterrichtet sie die verbleibenden Bieter und legt sie eine einheitliche Frist für die Einreichung neuer oder überarbeiteter Angebote fest.

Für die Abgabe der verbindlichen Angebote ist der **Vordruck 05** zu verwenden. Zu verbindlichen Angeboten finden keine Verhandlungen statt.

09. Öffnung der Angebote, Angebotsprüfung

- a) Die Öffnung der Angebote wird von mindestens zwei Vertretern des Auftraggebers gemeinsam an einem Termin (Öffnungstermin) unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist durchgeführt. Bieter sind nicht zugelassen.
- b) Die Auftraggeberin prüft die Angebote auf Vollständigkeit, fachliche Richtigkeit und rechnerische Richtigkeit.
- c) Ausgeschlossen werden Angebote von Unternehmen, die die Eignungskriterien nicht erfüllen, und Angebote, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen, insbesondere:
 - (1.) Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
 - (2.) Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,

- (3.) Angebote, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- (4.) Angebote, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind,
- (5.) Angebote, die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen, oder
- (6.) nicht zugelassene Nebenangebote.

Im Hinblick auf die im Teilnahmewettbewerb festgestellte Eignung der Bieter findet im Verhandlungsverfahren grundsätzlich keine Eignungsprüfung statt. Die Auftraggeberin wird allerdings wieder in die Eignungsprüfung eintreten, soweit ihr im Verhandlungsverfahren Umstände bekannt werden, die Zweifel an der Eignung des Bieters begründen.

- d) Erscheinen der Preis oder die Kosten eines Angebots im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, verlangt der öffentliche Auftraggeber vom Bieter Aufklärung. Auf § 60 VgV wird verwiesen.

10. Zuschlag

- a) Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Grundlage dafür ist eine Bewertung des Auftraggebers, ob und inwieweit das Angebot die vorgegebenen Zuschlagskriterien erfüllt.
- b) Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Das beste Preis-Leistungs-Verhältnis bestimmt sich anhand der höchsten Angebotsvergleichszahl. Diese setzt sich aus der Summe der erreichten Preispunkte und der erreichten Konzept-Punkte zusammen. Es zählen der Preis 30 % und das Konzept 70 %.

11. Ermittlung der Preispunkte

- a) Für die erforderlichen Preisangaben ist die **Vertragsanlage 02** zu verwenden. Alle Preise sind als Nettobeträge in EURO – im Zweifel gerundet – mit drei Nachkommastellen (kaufmännisch gerundet) anzugeben.

- b) Es werden maximal 30 Preispunkte vergeben. Die volle Punktzahl erhält das Angebot mit dem höchsten Angebotsvergleichspreis. 0 Punkte erhält ein Angebot mit der Hälfte des höchsten Angebotsvergleichspreises. Alle Angebote darunter erhalten ebenfalls 0 Punkte. Die Punktebewertung für die dazwischen liegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation mit bis zu drei Stellen nach dem Komma.

12. Ermittlung der Konzept-Punkte

- a) Jeder Bieter hat mit seinem Angebot ein Qualitätskonzept vorzulegen. Das Konzept soll mit dem Namen / der Firma des Bieters versehen und dem Zusatz „**Qualitätskonzept – Vertragsanlage 11**“ beschriftet werden.
- b) Die Darstellung des Konzepts hat ausformuliert zu erfolgen. Stichpunkte, Skizzen und Graphiken sind zulässig, soweit nicht die Bewerbungsbedingungen abweichendes regeln. Die Seiten sollen einseitig mit dem Schriftgrad Arial 11 oder vergleichbar und einem Zeilenabstand von 1,5 oder vergleichbar beschriftet werden.

Überschreitet die Darstellung den Umfang von fünfzehn DIN-A4-Seiten, werden ausschließlich die Inhalte der ersten fünfzehn DIN-A4-Seiten bewertet. Deckblätter zählen hierbei nicht mit, sollen aber nach Möglichkeit auch nicht verwendet werden.

- b) Das Qualitätskonzept hat auf die nachfolgendend Unterkriterien einzugehen, anhand derer es unter Berücksichtigung der angegebenen Gewichtung bewertet wird:

- (1.) **Koordination, Personalverfügbarkeit und Reaktionszeiten: 25 %**
(2.) **Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrages betrauten Personals: 25 %**
(3.) **Maßnahmen zum Zwecke der Sicherstellung der Genehmigungsfähigkeit sowie der Einhaltung von Zeitplan und Baukostenobergrenze: 50 %**

- c) Die Bewertung des Qualitätskonzepts erfolgt für jedes Unterkriterium anhand des nachfolgend abgebildeten Schulnotensystems. Der Bieter mit der besten

vergebenen Durchschnittsnote erhält die volle Punktzahl von 70 Qualitätspunkten. Alle anderen Bieter erhalten gemessen an der besten Durchschnittsnote prozentual eine geringere Punktzahl (Formel: maximal mögliche Punktzahl multipliziert mit der besten Durchschnittsnote dividiert durch die dem zu bewertenden Bieter erteilte Durchschnittsnote). Die Ergebnisse werden auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.

- d) Dabei gelangt unter Berücksichtigung der folgenden, übergeordneten Zielsetzung der Auftraggeberin für jedes Unterkriterium der folgende Notenschlüssel zur Anwendung:

(1.) sehr gut (1)	wenn das Konzept den Anforderungen in besonderem Maße entspricht.
(2.) gut (2):	wenn das Konzept den Anforderungen voll entspricht.
(3.) befriedigend (3):	wenn das Konzept den Anforderungen im Allgemeinen entspricht.
(4.) ausreichend (4):	wenn das Konzept zwar den Anforderungen nicht in jeder Hinsicht, aber zumindest teilweise noch entspricht.
(5.) mangelhaft (5):	wenn das Konzept den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass eine den Anforderungen entsprechende Leistung in absehbarer Zeit zu erwarten ist.
(6.) ungenügend (6):	wenn das Konzept den Anforderungen nicht entspricht und so lückenhaft ist, dass eine den Anforderungen entsprechende Leistung selbst in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Die Note ungenügend wird auch bei fehlenden Angaben vergeben.

- e) Zu den jeweiligen Anforderungen der Auftraggeberin wird auf die Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen) verwiesen. Zusätzlich werden zu den Anforderungen die folgenden Hinweise erteilt:

(1.) Koordination, Personalverfügbarkeit und Reaktionszeiten

Die Auftragnehmerin hat ihre Herangehensweise an den vorliegenden Auftrag klar und nachvollziehbar strukturiert. Dazu zählt auch ein Personalansatz, der

die grundsätzliche Verfügbarkeit der erforderlichen personellen Kapazitäten sicherstellt und gewährleistet, dass Anliegen der Auftraggeberin stets kurzfristig bearbeitet werden.

(2.) Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrages betrauten Personals

Das mit der Ausführung des Auftrages betraute Personal verfügt über nachweislich eine umfassende Fachexpertise und / oder möglichst mehrjährige Erfahrung mit Architektenleistungen in den Bereichen Denkmalschutz, Sanierung von Neubau von Schul- oder Hochschulbauten und / oder Neubau von Schul- oder Hochschulbauten.

(3.) Maßnahmen zum Zwecke der Sicherstellung der Genehmigungsfähigkeit sowie der Einhaltung von Zeitplan und Baukostenobergrenze

Die Auftraggeberin führt Erfolg versprechende und umfassende Maßnahmen zum Zwecke der Sicherstellung der Genehmigungsfähigkeit sowie der Einhaltung von Zeitplan und Baukostenobergrenze durch, z. B. zum frühestmöglichen Zeitpunkt Verhandlungen mit der zuständigen Denkmalschutzbehörde, Bauvoranfragen; schnellstmögliche Plausibilisierung der Kostenschätzung im Rahmen der Machbarkeitsstudie, Vergabeverfahren etc.

IV. Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW)

- a) Es gilt das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG NRW) in der Fassung vom 31.01.2017.
- b) Die nach dem TVgG NRW erforderlichen Nachweise und Erklärungen sind nur von demjenigen Bieter, dem der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieter), vorzulegen. Hierbei handelt es sich um:

(1.) Vertragsanlage 03: Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen unter Berücksichtigung der Vorgaben

**des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nord-
rhein-Westfalen (Tariftreue- und Vergabegesetz
Nordrhein-Westfalen – TVgG-NRW)**

**(2.) Vertragsanlage 04: Verpflichtungserklärung nach § 8 TVgG – NRW
zur Frauenförderung und Förderung der Ver-
einbarkeit von Beruf und Familie**

- c) Im Falle der beabsichtigten Zuschlagserteilung sind die nach diesem TVgG NRW erforderlichen Nachweise und Erklärungen **nach Aufforderung** innerhalb einer Frist von fünf Werktagen vorzulegen. Die Frist beginnt an dem Tag, der auf die Absendung dieser Aufforderung folgt. Die Auftraggeberin kann im Ausnahmefall die Frist verlängern, wenn die erforderlichen Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb des in Satz 1 bestimmten Zeitraumes vorgelegt werden können oder dies im Hinblick auf Art und Umfang des Auftrages angemessen erscheint.
- c) Die Vorlage der nach diesem Gesetz erforderlichen Nachweise und Erklärungen hat in geeigneter Form zu erfolgen. Hierfür ist es grundsätzlich ausreichend, die Textform im Sinne des § 126b BGB zu verwenden.
- d) Werden die nach dem TVgG NRW erforderlichen Nachweise und Erklärungen nicht innerhalb der bestimmten Frist rechtzeitig vorgelegt, ist das Angebot von der Wertung auszuschließen. In diesem Fall ist das der Wertungsrangfolge nach nächste Angebot heranzuziehen. Auf dieses Angebot finden die vorstehenden Vorschriften Anwendung.

V. Rechtsschutz von Bewerbern und Bietern

01. Einleitung, Antrag

- a) Unbeschadet der Prüfungsmöglichkeiten von Aufsichtsbehörden und Vergabeprüfstellen unterliegt die Vergabe öffentlicher Aufträge der Nachprüfung durch die Vergabekammern.
- b) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auf-

trag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

c) Der Antrag ist unzulässig, soweit

- (1.) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- (2.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- (3.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- (4.) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

02. Form, Inhalt

- a) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen.
- b) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

03. Vergabekammer

Die zuständige Vergabekammer ist:

Vergabekammer Rheinland

Am Bonneshof 35

40474 Düsseldorf

Deutschland

Tel.: +49 211 4753131

Fax: +49 211 4753989

04. Kosten des Nachprüfungsverfahrens

Es wird darauf hingewiesen, dass das Verfahren vor der Vergabekammer (zumindest) für die unterliegende Partei kostenpflichtig ist.

05. Kein Anspruch auf Zuschlagserteilung

Es wird darauf hingewiesen, dass es in jedem Vergabeverfahren zu Rechtsstreitigkeiten kommen kann, die im Ergebnis u.a. zu Verzögerungen, Änderungen der Vergabeunterlagen, einer Verfahrensaufhebung oder einer Rückversetzung des Vergabeverfahrens führen können. Darüber hinaus kann die Auftraggeberin gemäß § 63 VgV dazu berechtigt sein, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben. Ein Anspruch auf Zuschlagserteilung besteht nicht.
